



**- Bau-, Struktur- und Umweltausschuss -
- 17. Wahlperiode -**

An die
Mitglieder des Bau-, Struktur- und
Umweltausschusses

Nachrichtlich
an alle Kreistagsabgeordneten
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Protokoll

über die 25. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses am 31.08.2021

Anwesend:

Herr Bernard Decker (stellv. Vorsitzender)
Herr Thomas Hoping (Vorsitzender)
Herr Heiko Bertelt
Herr Robert Blömer
Herr Siegfried Böckmann
Herr Heiner Dammann
Herr Josef Diersen (Grundmandat)
Herr Matthias Elberfeld
Herr André Hüttemeyer
Herr Dr. Hartmut Koch
Herr Manfred Schilling
Herr Hermann Schütte
Herr Franz-Josef Theilen
Herr Matthias Warnking
Herr Dirk Witte
Herr Herbert Winkel (Landrat)

Vertretung für Herrn Heinrich Niemann

Vertretung für Herr Schaffhausen

Entschuldigt:

Herr Stephan F. Blömer
Herr Heinrich Niemann (Grundmandat)
Herr Sam Schaffhausen

Hinzugezogen:

Herr Holger Böckenstette (Kreisrat)

Sodann wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die 24. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses vom 01.07.2021
5. Mitteilungen des Landrats
6. Sachstandsbericht regionales Raumordnungsprogramm (RROP) (126/2021)
7. Antrag der SPD Fraktion gem. § 56 NKomVG; Optimierung des Starkregen- und Hochwasserschutzes im Landkreis Vechta (125/2021)
8. Antrag der SPD Fraktion gem. § 56 NKomVG; Ausweisung Teilgebiet "Westliche Dümmer Niederung V39" (132/2021)

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Hoping eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Des Weiteren begrüßt er die Vertreter aus der Verwaltung und der Presse, sowie die Zuschauer.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Hoping stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß sowie fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird unverändert festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift über die 24. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses vom 01.07.2021

Die Niederschrift über die 24. Sitzung des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses vom 05.07.2021 liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Sodann beschließt der Kreistag einstimmig:

„Die Niederschrift vom 05.07.2021 wird genehmigt.“

5. Mitteilungen des Landrats

Der Landrat hat keine Mitteilungen.

6. Sachstandsbericht regionales Raumordnungsprogramm (RROP) (126/2021)

Der Ausschussvorsitzende Hoping eröffnet den Tagungsordnungspunkt und macht darauf aufmerksam, dass zu dem Punkt kein Beschluss getroffen werden muss. Der Sachstandsbericht umfasst die Vorstellung der vorläufigen Bewertung der Stellungnahmen zum RROP durch die Verwaltung.

Anschließend präsentiert der zuständige Sachbearbeiter Martins den aktuellen Stand des RROP (siehe Anlage Präsentation). Insgesamt seien von allen Städten und Gemeinden, von 52 Trägern öffentlicher Belange und Verbänden und 44 Privaten Stellungnahmen eingegangen. Die Stellungnahmen der Städte, Gemeinden, Träger öffentlicher Belange und Verbände wurden in zwei Erörterungsterminen am 28.07.2021 und 18.08.2021 gemeinsam mit den Einwendern erörtert. Alle Stellungnahmen wurden in eine Synopse eingearbeitet in der die Stellungnahmen mit der vorläufigen Bewertung der Verwaltung gegenübergestellt wurden. Für die Synopse wurden die Stellungnahmen in Sinnabschnitte unterteilt.

Herr Martins erklärt, dass die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden relativ kurz ausfielen, da im Vorfeld eine intensive Abstimmung in der Vorbereitung des Entwurfs stattgefunden hat. Neben bekannten Bedenken wurden zum Teil auch neue Anregungen gegeben, die abgewogen und zum Teil aufgenommen wurden. Aus den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hätten sich insbesondere aus den Stellungnahmen der Fachbehörden ArL Oldenburg, LBEG und NLWKN Änderungen an der zeichnerischen Darstellung bezüglich des Hochwasserschutzes, der Trinkwassergewinnung und der Rohstoffgewinnung ergeben. Aus den Stellungnahmen der Privaten hätten sich keine Änderungen am Entwurf ergeben. Eine Besonderheit stellten die Sammelstellungnahmen zu Windenergiepotenzialflächen in Vechta und Visbek dar, welche von mehreren Einzelpersonen unterstützt wurden.

Anschließend präsentiert Herr Martins die inhaltlichen Anregungen der Städte und Gemeinden und leitet in die anschließende offene Fragerunde zu den Synopsen ein.

KTA Koch eröffnet mit der Frage, wie es möglich sein kann, dass sich Torfabbaugelände in bestehenden Naturschutzgebieten befinden. Speziell geht es um die Frage, warum im Goldenstedter Moor Torf abgebaut wird, obwohl es sich um Gebiete des Naturschutzes handelt. LR Winkel vermutet, dass es sich um eine bestehende Genehmigung handelt, die in einem heutigen Naturschutzgebiet liegt. Um das zu klären, müsste dies die Untere Naturschutzbehörde genauer prüfen. Frau Ferus (NWP) erläutert, dass zum Teil bestehende Abbaugelände aufgenommen wurden, die in der Folgenutzung Kompensationsflächen werden sollen und daher im RROP überlagernd auch als schützenswerte Gebiete aufgenommen wurden. Das RROP hat keine Wirkung auf bestehende Genehmigungen, sodass der genehmigte Abbau fortgeführt werden kann. Da für KTA Koch das Thema damit nicht ausreichend geklärt ist, schlägt LR Winkel vor die Flächen genau zu benennen und zu prüfen.

KTA Schütte bringt vor, dass das Vorranggebiet Hauptverkehrsstraße für die L846 über die bisher definierte zentrale Achse hinaus in Richtung Süden fortgeführt wer-

den solle. Herr Meyer (NWP) weist darauf hin, dass aufgrund der Stellungnahme des ArLs auch die zentrale Achse nicht mehr als Vorranggebiet Hauptverkehrsstraße dargestellt werden kann. Die L846 wird daher auf der gesamten Länge als Straße regionaler Bedeutung festgelegt. Der Anregung von KTA Schütte wird insoweit gefolgt, als die südliche Verlängerung der zentralen Achsen eine Gleichbehandlung mit der zentralen Achse erhält.

KTA Hüttemeyer greift eine Frage von LR Winkel zur Freiflächen-Photovoltaik auf kohlenstoffreichen Böden auf. Herr Martins erläutert, dass die Steuerung der Freiflächen-Photovoltaik auf Anregung geändert werden musste, da nach Ansicht des Landes kohlenstoffreiche Böden für eine Nutzung geeignet sind. Daher entfällt die Ausschlusswirkung für das Vorranggebiet Torferhalt.

KTA Schütte stellt fest, dass für ihn die Überlagerung von Windenergiestandorten und Biotopverbundflächen ein Widerspruch sei, die zu Probleme beim Repowering führen könnten. Frau Ferus erwidert, dass die betroffenen Biotopverbundflächen aus dem LROP übernommen werden mussten. Für das RROP wurde eine genaue Prüfung vorgenommen inwieweit eine Vereinbarkeit der Gebiete hergestellt werden kann. Zum Teil wurde dabei festgestellt, dass eine Überlagerung vereinbar sein kann, wenn es sich beispielsweise um lineare Festsetzungen an Gewässern handelt.

Auf die Frage von KTA Diersen zum Handlungsspielraum erläutert Herr Martins, dass grundsätzlich ausreichend Handlungsspielraum besteht. Änderungen an der Formulierung sind möglich. Grundsätzliche Änderungen allerdings würden eine erneute Beteiligung nötig machen.

Nachdem der Ausschussvorsitzende Hoping feststellt, dass keine weiteren Fragen bestehen, erläutert Herr Martins, dass sich durch die Stellungnahmen Änderungen am Entwurf ergeben haben, die derzeit im Rahmen einer erneuten Beteiligung ausgelegt werden. Es können dabei lediglich zu den geänderten Teilen Stellungnahmen abgegeben werden. Die Zeitplanung sieht vor, dass die Ergebnisse am 28.09. im Ausschuss präsentiert werden und dort eine Beschlussempfehlung für den Kreistag verabschiedet wird. Am 14.10. soll der Kreistag über das RROP beschließen.

Die Frage von KTA Diersen, ob eine Ablehnung des Beschlusses möglich ist, bejaht der Ausschussvorsitzende Hoping.

Nach einem Dank an das Planungsbüro NWP schließt der Ausschussvorsitzende Hoping den TOP 6.

7. Antrag der SPD Fraktion gem. § 56 NKomVG; Optimierung des Starkregen- und Hochwasserschutzes im Landkreis Vechta (125/2021)

KTA Schütte stellt den Antrag der SPD-Fraktion zum Hochwasserschutz vor und verweist dabei auf die Starkregenereignisse den vergangenen Jahren im Landkreis Vechta. Vor dem Hintergrund der Ereignisse u. a. im Kreis Ahrweiler sollte erörtert werden, wie der Landkreis Vechta im Katastrophenschutz aufgestellt ist. Dazu sei ein Maßnahmenkatalog nötig und die Verwaltung auf den Katastrophenfall vorzubereiten.

KTA Decker stellt klar, dass die CDU-Fraktion den Antrag grundsätzlich unterstützt. Er stellt dabei die Rolle der Kommunen heraus, die eigenen Knackpunkte zu identifizieren, wie dies beispielsweise Damme 2016 bereits getan hat. Der Antrag solle dahingehend vereinfacht werden, dass zunächst eine Bestandsanalyse gemacht werden soll, bevor ein Gutachter mit einem Konzept beauftragt wird. Der Landkreis solle bei den Kommunen die bisherigen Maßnahmen und Vorbereitungen abfragen. Die Ergebnisse sollen im Bauausschuss präsentiert werden. Zudem sollen das NLWKN und der OOWV zu diesem Thema eingeladen werden.

KTA Bertelt macht auf die bereits getroffenen Maßnahmen aufmerksam und begrüßt den Antrag in seiner geänderten Form.

Auch KTA Eberfeld begrüßt den Antrag in seiner geänderten Form und erkundigt sich nach der Zuständigkeit der Festlegung der Hochwassergebiete und nach Übungen des Landkreises zum Katastrophenschutz. Dazu erläutert LR Winkel, dass der Landkreis die Überschwemmungsgebiete festlegt hat. Ferner berichtet er von Übungen zum Katastrophenschutz in Ahrweiler (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe – Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz). Außerdem haben die Hauptverwaltungsbeamten der Städte und Gemeinden sowie Vertreter des Landkreises Vechta bereits ein mehrtägiges Seminar in Ahrweiler besucht. Auch er befürwortet, dass zunächst die zuständigen Fachleute berichten sollten, bevor ein Gutachten beauftragt wird.

Herr Böckenstette ergänzt, dass bereits 2019 im Feuerwehrausschuss eine Vorstellung des Katastrophenschutzes stattgefunden hat und erläutert, dass die für den Katastrophenfall geplante Stabsstruktur des Landkreises während der Coronakrise bereits zum Einsatz kam.

KTA Diersen erkundigt sich, weshalb Bebauung im Überschwemmungsgebiet möglich ist, wenn der Landkreis hier zuständig ist. LR Winkel stellt dazu klar, dass die Bebauung vielfach vor der Verschärfung des Hochwasserschutzes errichtet wurde und ansonsten ein Bauverbot herrscht, solange nicht Ausweichmöglichkeiten für das Wasser geschaffen werden.

Der Ausschussvorsitzende Hoping stellt abschließend fest, dass der Antrag ohne den Punkt 3 des SPD-Antrags zur Abstimmung gestellt werden soll und stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Sodann beschließt der Kreistag einstimmig:

„Der Landkreis wird beauftragt

1. Vertreter der Landkreisverwaltung, des OOWV und des NLWKN zur nächsten Bauausschusssitzung einzuladen, die eine Abschätzung zum Hochwasserschutz des Landkreises geben sollen,
2. den Sachstand zum Hochwasserschutz in den Kommunen abzufragen,
3. den Aufbau und die Struktur des Katastrophenschutzes insbesondere zur Einsatzlage Hochwasser vorzustellen.“

8. Antrag der SPD Fraktion gem. § 56 NKomVG; Ausweisung Teilgebiet "Westliche Dümmer Niederung V39" (132/2021)

KTA Schütte präsentiert den Antrag der SPD Fraktion zur Westlichen Dümmer Niederung V39. Dieser sieht vor, den abgelehnten Antrag 705/2019 erneut zu diskutieren und eine Beschlussempfehlung an den Kreistag zu geben. Der Antrag sei entsprechend der gesetzlichen Anforderungen von der Verwaltung gut vorbereitet gewesen und nach 13 Monaten Stillstand solle nun eine Entscheidung herbeigeführt werden, um dem Vogelschutz zu entsprechen und den Landwirten zu helfen.

LR Winkel stellt daraufhin zunächst klar, dass der Landkreis weiterhin daran arbeitet, eine einvernehmliche Lösung zu erzielen und bisher vom Land nicht ausreichend unterstützt wird. LR Winkel hatte das Land und Minister Lies über den Sachstand zum Vogelschutzgebiet und die bestehenden Konflikte informiert und bisher keine Antwort auf seinen Bericht erhalten. Die Verwaltung könne ohne weitere politische Beschlüsse keine neuen Maßnahmen treffen.

KTA Hüttemeyer stellt fest, dass zu dem Thema 2020 ein Beschluss getroffen wurde und sich seitdem die Sachlage nicht geändert hat. Daher sei kein neuer Be-

schluss nötig.

KTA Diersen begrüßt den SPD-Antrag und kritisiert, dass die CDU die Entscheidung herauszögere.

KTA Schütte fordert, dass man der hoheitlichen Aufgabe nachkommen müsse. Die bekannte Vorlage wurde von der UNB auf Antrag der CDU erstellt und dann abgelehnt. Es sei fraglich, warum beim RROP so schnell gehandelt wurde und hier nicht.

KTA Warnking stellt klar, dass es nicht nur darum gehe einen rechtssicheren Beschluss herbeizuführen, sondern auch einen Beschluss, der auch für die Landwirte gerecht ist. Da kein neuer Sachstand vorläge, sei auch kein neuer Beschluss notwendig.

KTA Hüttemeyer bekräftigt dies und hebt hervor, dass der Kreistag nicht gezwungen ist dem Entwurf des Landes zuzustimmen, sondern die Freiheit hat dies abzulehnen.

KTA Bertelt erläutert, dass der Vogelschutz wichtig sei, aber die Flächeneigentümer fair behandelt werden müssen. Ein Kompromiss und ein fairer Ausgleich sei bisher nicht geschaffen worden. Da neue Erkenntnisse fehlen, könnte man dem Antrag nicht zustimmen.

KTA Schütte stellt klar, dass man sich der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe annehmen muss. Die Gebiete seien bekannt und der Landkreis müsse eine Lösung finden und nicht auf andere Stellen verweisen. Die Lösung soll von der UNB präsentiert werden und der Kreistag sich der Verantwortung stellen.

LR Winkel widerspricht der Darstellung. Das Land habe den Landwirten zugesicherte keine zusätzlichen Belastungen zu schaffen und dies müsse daher vom Land geklärt werden. Die Politik des Landkreises könne dann über die Ausgestaltung des Vogelschutzes entscheiden.

KTA Elberfeld stellt klar, dass keine Änderung des rechtsgültigen Beschlusses nötig seien.

Der Ausschussvorsitzende Hoping beendet die Diskussion und eröffnet die Abstimmung.

Sodann lehnt der Ausschuss mehrheitlich bei drei Ja-Stimmen und zehn Nein-Stimmen den Antrag der SPD-Fraktion ab.

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Vechta, 14.09.2021

Winkel
Landrat

Heuer
Protokollführer